

Informationsblatt gem. Art. 12 DSGVO

Grundsatz und Rechtsangelegenheiten; Erstattung

Wir kommen unseren Informationspflichten gem. Art. 12 ff DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten (Art. 12 Abs. 2 DS-GVO).

Angaben zum Verantwortlichen

Name	Gemeinde Grömitz
Anschrift	Kirchenstraße 11, 23743 Grömitz
Telefon	04562 69-0
E-Mail-Adresse	poststelle@groemitz.landsh.de
Internet-Adresse	www.groemitz.eu

Abteilung:	Hauptamt
Ansprechpartner:In	Fr. Sommer
Anschrift	Kirchenstraße 11, 23743 Grömitz
Telefon	04562 / 69-203
E-Mail-Adresse	s.sommer@groemitz.landsh.de

Angaben zur Person der Datenschutzbeauftragten

Name	FKC Consult GmbH
E-Mail-Adresse	datenschutz@groemitz.eu

Zwecke der Verarbeitung

Prüfung und Abwicklung von Ansprüchen (Geld-, Sach- und Dienstleistungen) gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) XII (Sozialhilfe), Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetz IX. Erledigung von daraus sich ergebenden weiteren gesetzlichen Aufgabe wie z.B. Erstattung von Leistungen. Grundsicherung erhalten Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus Einkommen und Vermögen bestreiten können, wenn sie die Voraussetzungen nach § 41 SGB XII erfüllen.

Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Persönlich Daten werden verarbeitet soweit Sie zur Bereitstellung gesetzlich verpflichtet sind, der Verarbeitung in einer separaten Erklärung zugestimmt haben, oder wenn die Verarbeitung zu Erfüllung einer öffentlich-rechtlichen Aufgabe notwendig ist. Art. 6 Abs. 1 lit. a), c) und e) DSGVO i.V.m. §§ 67 bis 78 SGB X und Anspruchsnormen des SGB X, II, IX, SGB XII, AsylbLG

Kategorie der personenbezogenen Daten

Stammdaten inkl. Kontaktdaten: Aktenzeichen, Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsrechtlicher Status, Renten-

&Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung, Rufnummer (freiwillig), E-Mailadresse (freiwillig)

Daten zur Leistungsgewährung: Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art, Bedarfe der Unterkunft und Heizung, Daten zu Unterhalts/Regressansprüchen, Daten zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses

Gesundheitsdaten: Gutachten oder Stellungnahmen des ärztlichen Dienstes des Gesundheitsamtes, des medizinischen Dienstes der Kranken-/Pflegekassen, Daten zur Schwerbehinderung. Es werden ebenso Daten der Nachkommen bzw. Erben erfasst

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

- Zahlungsempfänger (z.B. Vermieter, Energieversorger, Anbieter von Leistungen für Bildung und Teilhabe),
- Leistungsanbieter (z.B. Pflegedienste, stationäre Einrichtungen),
- Auskunftsstelle nach § 118 SGB XII (Datenabgleich)
- Bundeszentralamt für Steuern (Kontenabrufverfahren gem. § 93 Absatz 8 S. 1 Nr. 1 AO)
- Beteiligte eines Widerspruchs- und Klageverfahrens,
- Sonstige beteiligende Stellen der Stadtverwaltung (wie z.B. Ausländerbehörde, Gesundheitsamt, Jugendamt, Finanzbuchhaltung, Meldebehörde),
- Sonstige Leistungsträger wie Ämter für Ausbildungsförderung, Agentur für Arbeit und die sonstigen Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit, bei den Krankenkassen errichtete Pflegekassen u.w. nach §§ 12, 18 bis 29 SGB I und sonstige Stellen nach § 35 SGB I
- Zahlungspflichtige (z.B. Erben, Verpflichtete)

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an ein Drittland erfolgt nicht. (besondere gesetzliche Vorschriften ausgenommen)

Um eine faire und transparente Verarbeitung zu gewährleisten erhalten Sie nachfolgend zusätzliche Informationen gem. Art. 13 Abs. 2 DSGVO:

Speicherdauer, Löschfristen

Ihre personenbezogenen Daten werden nach den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Dauer des Leistungsbezuges oder solange Ersatz oder Erstattungsansprüche bestehen, ein Verwaltungsverfahren oder Gerichtsverfahren anhängig ist oder eine gesetzliche Aufbewahrungsfrist besteht über 5, 10 oder 30 Jahre aufbewahrt (§§ 630 ff. BGB, §§ 67 ff. SGB X,

§12 AsylbLG), AufbewBest. der Konferenz der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder, AktenO für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung u.w.) z.B. 5 Jahre nach

Beendigung des Leistungsbezuges oder Aktenvorganges; bei Unterhaltstiteln, Darlehen, sonstigen Forderungen 30 Jahre oder 10 Jahre nach erfolgter Rückzahlung.

Nach § 84 Abs. 2 SGB X sind „Sozialdaten zu löschen, wenn ihre Kenntnis für die verantwortliche Stelle zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben nicht mehr erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden“. Akteninhalte, die keinen Erkenntniswert mehr besitzen und die für die weitere Sachbearbeitung nicht erforderlich sind, werden demnach gelöscht.

Spätestens nach Ablauf dieser Fristen/Kriterien werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht, außer die Verarbeitung unterliegt zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Art. 89 DSGVO und § 6 LDSG).

Mögliche Datenquellen Öffentliche Stellen: Jobcenter, Krankenkasse, Pflegekasse, Rentenversicherungsträger, Wohngeldstelle, Schuldnerberatung, Finanzämter, Amtsgericht, Versorgungsämter, Meldestellen, Ausländerbehörden, BAMF, Insolvenzgericht

Nichtöffentliche Stellen oder Personen: z.B. Arbeitgeber, Kreditinstitute, Versicherungen, schadensersatzpflichtige Personen, Vermieter, unterhaltspflichtige Personen

Öffentlich zugängliche Quellen: z.B. Internet, Melderegister, Handelsregister, Sterberegister, Grundbuchämter

Betroffenenrechte

Wir machen Sie auf Ihre Betroffenenrechte nach der DSGVO aufmerksam:

- Auskunftsrecht der betroffenen Person (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung/Recht auf Vergessenwerden (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gem. Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Kontakt in Schleswig-Holstein: Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD), Holstenstr. 98, 24103 Kiel, mail@datenschutzzentrum.de